



**MIT** MITTELSTANDS- UND  
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG  
DER CDU/CSU

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

1 **Antrag zur 10. MIT-Bundesdelegiertenversammlung 2011**

2 **Antragsteller: MIT-Bundesvorstand**

3 **Verfasser: Kommission Bildungspolitik**

4 **Kommissionsvorstand: Bernd Wirkus und Peter Ibbeken**

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

**Ausgezeichnete Bildungspolitik -  
Voraussetzung für beste Zukunftschancen**

16

17

18

19

**Bildungspolitisches Konzept  
der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU**

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

# Inhaltsverzeichnis

45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97

## **1. Bildung: Bedeutung für Gesellschaft und Wirtschaft**

## **2. Ordnungspolitisches Fundament der Bildungspolitik**

## **3. Frühkindliche Bildung**

3.1. Herausforderungen und Problemlagen in der frühkindlichen Bildung

3.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der frühkindlichen Bildung

## **4. Grundschule**

4.1. Herausforderungen und Problemlagen im Grundschulbereich

4.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Grundschule

## **5. Weiterführende Schule**

5.1. Herausforderungen und Problemlagen im Bereich der weiterführenden Schulen

5.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der weiterführenden Schulen

## **6. Duales System, Lehre und Ausbildung**

6.1. Herausforderungen und Problemlagen in der Ausbildung

6.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Ausbildung

## **7. Hochschule**

7.1. Herausforderungen und Problemlagen an den Hochschulen

7.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Hochschulen

## **8. Lehrerbildung**

8.1. Herausforderungen und Problemlagen bei der Lehrerbildung

8.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Lehrerbildung

## **9. Lebenslanges Lernen**

9.1. Herausforderungen und Problemlagen beim lebenslangen Lernen

9.2. Forderungen der MIT zur Stärkung des lebenslangen Lernens

## 1. Bildung: Bedeutung für Gesellschaft und Wirtschaft

98

99

100

101

102

103

104

105

106

107

108

109

110

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

Bildung ist der Schlüssel zu Freiheit, Wohlstand, Gerechtigkeit in einem selbstbestimmten Leben. Nur wer eine ganzheitliche Bildung und Erziehung erfahren hat, kann an den wirtschaftlichen Wachstumsprozessen und am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben umfassend teilnehmen und teilhaben. In der heutigen Wissens- und Informationsgesellschaft wird jedem Einzelnen ein zunehmend höheres Maß an Kenntnissen und Fähigkeiten abverlangt. Bildung gibt dabei Orientierungsmöglichkeiten und ist die Grundlage zur Entwicklung sowohl intellektueller als auch emotionaler, musischer, praktischer und sozialer Fähigkeiten. Sie ist damit das Fundament für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwung unseres Landes.

Die Wirtschaft – vom kleinen mittelständischen Betrieb bis hin zum Großunternehmen – ist auf qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder freiberuflich selbständig Tätige angewiesen. Sie zusammen sind die wichtigste Ressource der deutschen Wirtschaft. Ohne deren Leistung wird unsere Wirtschaft nicht im globalen Wettbewerb bestehen können. Vor diesem Hintergrund hat die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ein großes Interesse daran, dass jeder Mensch in Deutschland – ob jung oder alt - die bestmögliche Bildung erhält. Denn dies ist das entscheidende Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Die MIT sieht sich in der Tradition von Ludwig Erhard, der formulierte:

*„Namentlich die „Soziale Marktwirtschaft“, deren tiefer Sinn darin liegt, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung jedes Einzelnen dem Ganzen gegenüber zu verbinden, ist, wenn sie zum Segen aller erfolgreich sein soll, auf die umfassende Ausbildung, Bildung und Erziehung der Fachkräfte und Unternehmer, die in ihrer täglichen Arbeit und in ihrem beruflichen Schaffen im Raum der Wirtschaft einen entscheidenden Teil ihrer Aufgaben und ihrer Daseinserfüllung sehen, angewiesen.“<sup>1</sup>*

## 2. Ordnungspolitisches Fundament der Bildungspolitik

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

Die Soziale Marktwirtschaft entspricht unserem Bild vom Menschen und der Gesellschaft, weil sie auf freiheitlichen Grundsätzen beruht, das Subsidiaritätsprinzip voraussetzt, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität Raum gibt und Eigenverantwortung stärkt. Sie weist dem Staat eindeutige Aufgaben zu und setzt seinem Wirken klare Grenzen. Sie sichert dem Individuum und Unternehmen freiheitliche Betätigung und garantiert den freien Leistungswettbewerb. Sie ist das ordnungspolitische Leitbild, nach dem auch das Bildungswesen gestaltet werden sollte. Nachstehend definiert die MIT ihre ordnungspolitischen Grundpositionen als Basis ihrer bildungspolitischen Gesamtkonzeption.

- **Verantwortung des Individuums**

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ist der mündige, eigenverantwortliche Bürger. Er ist zunächst für sich selbst, seinen Lebensweg, die Wahrnehmung von Chancen, die Berufswahl und sonstige Belange seines Privatlebens eigen- und erstverantwortlich. Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung, um die Fähigkeit zur eigenständigen Erwirtschaftung des zum Leben notwendigen Existenzminimums von anderen vermittelt zu bekommen. Dem Solidaritätsprinzip folgend liegt die Sicherstellung dieses Rechts auf Bildung in der Letzt-Verantwortung der Gesamtgemeinschaft. Dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend liegt die Erst-Verantwortung für Bildung und Erziehung bei jedem Individuum selbst bzw. bei den Erziehungsberechtigten der Kinder. So ist im Grundgesetz festgeschrieben, dass Pflege und Erziehung „das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ (GG Art. 6 Abs. 2) ist. Ziel der staatlichen Ordnung muss es daher sein, die Eltern zu stärken und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie ihrem Recht und ihrer Pflicht zur Erziehung auch entsprechend eigenverantwortlich nachkommen können.

---

<sup>1</sup> (Karl Hohmann (Hrsg.): Ludwig Erhard. Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, Econ-Verlag, 1988. S. 515)

153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160  
161  
162  
163  
164  
165  
166  
167  
168  
169  
170  
171  
172  
173  
174  
175  
176  
177  
178  
179  
180  
181  
182  
183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202  
203  
204  
205  
206  
207  
208  
209  
210

- **Wahlfreiheit sicherstellen**  
Für Kinder liegt die Erst-Verantwortung für die Vermittlung von Erziehung und Bildung gemäß dem Subsidiaritätsprinzip bei den Eltern. Sie haben das Recht, in Eigeninitiative und Eigenverantwortung über den Bildungsweg und die Erziehung ihrer Kinder zu entscheiden. Dies schließt die freie Wahl darüber ein, welche Bildungseinrichtung ihre Kinder besuchen oder welche Form der vorschulischen Erziehung und Bildung ihre Kinder erhalten sollen. So muss es die freie Wahl der Eltern bleiben, ob sie die vorschulische Erziehung selbst übernehmen, sie in Eigeninitiative in der Großfamilie oder der Nachbarschaft organisieren, Tagesmütter verpflichten, Angebote von Kindertagesstätten nutzen oder Elterninitiativen gründen.
- **Beschränkung des Staates auf seine Kernaufgaben**  
Der Staat hat sich auch mit Blick auf das Erziehungs- und Bildungssystem auf seine Kernaufgaben zu beschränken. Dazu gehört es, die Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Erziehungs- und Bildungswesen zu schaffen, Qualitätsstandards zu definieren und diese zu kontrollieren sowie seine Schutzfunktion zu erfüllen. Wo Missbrauch und Vernachlässigung drohen, darf und muss der Staat in das elterliche Grundrecht der Kindererziehung eingreifen. Allerdings ist es dabei oberstes Gebot, den sanftestmöglichen Eingriff zu wählen. Eine allgemeine staatliche Vorschul- oder Kindergartenpflicht mit dem Ziel der Sicherstellung der Schulfähigkeit aller Kinder würde dem Gebot des sanftestmöglichen Eingriffes widersprechen. Die mildere Alternative des Grundrechtseingriffes ist hier eine allgemeine staatliche Pflicht, alle Kinder hinsichtlich ihrer gesundheitlichen, sprachlichen und sozialen Entwicklung frühzeitig und regelmäßig zu untersuchen und bei Gefährdung der Schulfähigkeit eines Kindes im Einzelfall den Besuch einer Kindertagesstätte oder eines vergleichbaren Angebotes staatlich anzuordnen. Es kann hingegen nicht Kernaufgabe des Staates sein, die Politik und hier insbesondere die Steuerpolitik so auszugestalten, dass sie mit der Schaffung von Anreizstrukturen lenkend in das elterliche Grundrecht der Kindererziehung eingreift.
- **Solidarpflicht der Gemeinschaft**  
Sofern der Einzelne sich selbst nicht helfen kann und zur eigenverantwortlichen Gestaltung seines Lebens sowie zur Erwirtschaftung seines Lebensunterhaltes nicht in der Lage ist, ist die Solidarpflicht der Gemeinschaft gefordert. Dies sind gemäß dem Subsidiaritätsprinzips zunächst die Familien oder kirchliche und karitative Organisationen und hiernach kommunale und andere übergeordnete Einrichtungen. Sofern Eltern nicht in der Lage sind, die zur Verwirklichung der Rechte ihrer Kinder notwendigen Mittel selbst zu erwirtschaften, so ist die Gesamtgesellschaft - dem Solidaritätsprinzip folgend – hierzu verpflichtet. Dies darf keine Frage der politischen Abwägung oder Prioritätensetzung sein, sondern ist eine zwingende Konsequenz aus der unantastbaren Würde des Menschen. Familien- und Bildungspolitik sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und dürfen sich nicht an der Kassenlage orientieren. Eine besondere Finanzierungsverantwortung für bestimmte Gruppen von Steuerzahlern wie Arbeitnehmer oder Arbeitgeber gibt es nicht. Es ist die gesamte Solidargemeinschaft gefordert, was auch Selbständige, Beamte, Rentner und Bezieher von Kapitaleinkünften gleichermaßen erfasst.
- **Chancengerechtigkeit**  
Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dass die Schulfähigkeit eines jeden Kindes sichergestellt wird. Kinder, die bei der Einschulung nicht richtig Deutsch sprechen und verstehen können, keine vollständigen Sätze formulieren können sowie Schwierigkeiten mit der sozialen Kompetenz oder mit ihrer Konzentrationsfähigkeit haben, können diese Defizite in der Regel im Schulalltag nicht mehr aufholen. Insbesondere in der vorschulischen Erziehung bedarf es daher einer stärkeren Akzentverschiebung weg vom Betreuen hin zu Bildungs- und Erziehungstätigkeit. Die Schulfähigkeit der Kinder muss noch stärker in den Fokus der vorschulischen Erziehung und Bildung rücken. Die Erstverantwortung liegt hier bei den Eltern. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, über die Wahrnehmung dieser elterlichen

211 Verantwortung zu wachen, diese zu unterstützen und nur als ultima ratio korrigierend  
212 einzugreifen.  
213

- **Vielfalt, Wettbewerb und Leistung fördern**

214 Bildung ist die Schlüsselressource des Standorts Deutschland: Ein vielfältiges,  
215 flächendeckendes und ausreichend finanziertes Schulangebot mit einem  
216 ausgewogenen Schüler-Lehrer-Verhältnis und hoch qualifizierten Lehrern sichert die  
217 pädagogische Qualität und sorgt so für das Heranwachsen unserer Kinder zu  
218 leistungsfähigen, leistungsbereiten, sozialkompetenten und mündigen Bürgern.  
219 Dabei besteht in der heutigen Wissens- und Informationsgesellschaft ein  
220 zunehmender globaler Wettbewerb um das beste Bildungssystem. Diesem  
221 Wettbewerb muss sich Deutschland stellen, denn er wird über die Zukunftschancen  
222 junger Menschen in unserem Land entscheiden. Hierzu gehört es, den Wettbewerb  
223 unter den freien, konfessionellen sowie staatlichen Bildungs- und  
224 Erziehungseinrichtungen zu fördern, von der Kindertagesstätte bis hin zur  
225 Universität.

226 Entscheidend für Qualität und Leistungsfähigkeit eines Bildungssystems sind Vielfalt  
227 und differenzierte Lehr- und Lernprozesse. Die Entscheidungen über die Methodik  
228 sowie die Budget- und Personalplanung müssen den Schulen selbst überlassen  
229 werden. Es sind Voraussetzungen zu schaffen, die Schulen in die Lage versetzen,  
230 mit ihren Bildungsangeboten individuelle Anlagen und Begabungen zu fördern. Dafür  
231 müssen motivierende Lernbedingungen und eine Kultur der Anstrengungs- und  
232 Leistungsbereitschaft geschaffen werden. Mehr Vielfalt im Erziehungs- und  
233 Bildungswesen kann nur entstehen und sich erfolgreich weiterentwickeln, wenn alle  
234 Einrichtungen größtmögliche Freiheit haben, ihre Organisation und Pädagogik selbst  
235 zu gestalten und auch umfeldspezifische Besonderheiten in den Schulablauf zu  
236 integrieren. Erst dadurch stehen sie in einem fruchtbaren Wettbewerb, der Anreize  
237 schafft und Innovationen fördert. Die Qualitätssicherung muss dadurch sichergestellt  
238 werden, dass sich alle Schulen den gleichen bundesweiten Bildungsstandards  
239 verpflichten. Diese müssen als Abschlusstandards verlässliche Aussagen über die  
240 Kompetenzen der Absolventen liefern.  
241  
242

- **Verantwortung der Wirtschaft**

243 Die Finanzierung einer zur eigenständigen Erwerbsfähigkeit führenden Bildung ist die  
244 Verantwortung der gesamten Solidargemeinschaft. Die Finanzierung des  
245 Lebensunterhaltes junger Menschen, die noch nicht selbst erwerbsfähig sind, liegt in  
246 der Verantwortung der Eltern bzw. ebenfalls der gesamten Solidargemeinschaft. Eine  
247 besondere Finanzierungsverantwortung für bestimmte Gruppen von Steuerzahlern  
248 gibt es nicht, weder für Arbeitnehmer noch für Arbeitgeber. Allerdings liegt das  
249 Engagement der Unternehmer für das Bildungswesen, wie etwa bei der dualen  
250 beruflichen Ausbildung, in ihrem ureigensten Interesse. Für die auszubildenden  
251 jungen Menschen wie für die ausbildenden Unternehmen ergibt sich eine „win-win“-  
252 Situation. Unternehmer sind nicht nur Arbeitgeber mit Verantwortung für ihre  
253 Auszubildenden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern sie tragen auch  
254 Verantwortung für Staat und Gesellschaft. Der Sozialpflichtigkeit des Eigentums  
255 kommen sie auch dadurch nach, dass sie sich in ihrem gesellschaftlichen, kirchlichen  
256 und lokalen Umfeld engagieren. Sie sind bereit, ihre Kompetenzen, Kontakte und  
257 Ressourcen gemeinnützigen Organisationen und Initiativen auch für kirchliche,  
258 soziale und kulturelle Zwecke zur Verfügung zu stellen und sich zu engagieren. Dies  
259 gilt insbesondere für das Bildungswesen, das die Unternehmer im Bereich der  
260 beruflichen Bildung mittragen. Noch mehr als bisher sollen Unternehmen zu Partnern  
261 von Bildungseinrichtungen werden – von der Kita bis zur Uni – und sich gemeinsam  
262 mit diesen für Bildungsprojekte einsetzen. Bei Praktika- und  
263 Fortbildungsprogrammen, bei Unterrichts- und Forschungsprojekten und vielen  
264 ähnlichen Aktivitäten wird sich auch hier für alle Beteiligten eine „win-win“ Situation  
265 ergeben.  
266  
267  
268  
269

### 3. Frühkindliche Bildung

#### 3.1. Herausforderungen und Problemlagen in der frühkindlichen Bildung

Ob Kinder von heute den Ansprüchen, Herausforderungen und Belastungen der Welt von morgen gewachsen sein werden, wird weitgehend von der Bildung und Erziehung abhängen, die sie heute erfahren. Kinder müssen auf eine Welt hin gebildet und erzogen werden, die in hohem Maße kulturell unterschiedlich, sozial komplex und wirtschaftlich prekär geworden ist. Dabei nehmen Unsicherheit und Subjektivität zu. In einer Gesellschaft, in der die institutionellen „Geländer der Lebensführung“ immer weniger verlässlich biographische Planungen stützen können und Lebensverläufe tendenziell unkalkulierbar werden, ist Bildung die entscheidende und grundlegende Ressource für eine erfolgreiche, alltägliche Lebensbewältigung. Die tiefgreifenden demografischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Veränderungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte, die gewandelten Vorstellungen von Kindheit und Erziehung und die gewonnenen neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die kindliche Entwicklung und Sozialisation machen eine Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung erforderlich.

So zeigen die Erkenntnisse der Bildungsforschung und Entwicklungspsychologie sowie der Hirnforschung deutlich, dass gerade in den ersten Lebensjahren eine hohe Aufnahmebereitschaft und ein großer Erkundungsdrang vorhanden sind, die eine grundlegende Voraussetzung für das spätere Lernverhalten darstellen. Wenn gerade in dieser frühen Entwicklungsphase Kompetenzdefizite entstehen, potenzieren sich diese im weiteren Entwicklungsverlauf und erhöhen die Wahrscheinlichkeit späteren schulischen, beruflichen und gesellschaftlichen Misserfolgs. Was früh falsch gemacht wurde, lässt sich später nur schwer korrigieren.

Während sich in anderen europäischen Ländern die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass es auf den Anfang ankommt, scheint Deutschland hier immer noch einen großen Nachholbedarf zu haben. Die Erfahrungen mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz waren alles andere als zukunftsweisend. So senkten viele Einrichtungen ihre Standards, die Zahl der Kinder pro Gruppe wuchs und geringer qualifiziertes Personal wurde eingestellt. Während Deutschland in den letzten zehn Jahren damit beschäftigt war, die Zahl der Plätze zu erhöhen, investierten andere Nationen in die Qualität frühkindlicher und vorschulischer Bildung. Sie verbesserten die Ausbildung der Erzieher/innen und wandelten ihre Kindergärten in Bildungs- und Familienzentren um.

Statt einer gezielten Förderung frühkindlicher Kompetenzen erfahren Kinder in deutschen Kindergärten oftmals eine Betreuung, die sich nicht genügend an ihren Lebenslagen und Realitäten der Kinder orientiert. Was dagegen getan werden muss, um Kindern bessere Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, hat der OECD-Bericht Starting Strong II bereits im Jahr 2004 ausführlich beschrieben. Gemessen an den internationalen Standards sind die Qualitätsanforderungen der deutschen Kitas zu niedrig und zu anspruchslos. Eng damit zusammen hängt der niedrige Ausbildungsstandard der Erzieher/innen. Zudem kommt noch die besondere Situation hinzu, dass Erzieher/innen immer mehr in Teilzeit als in Vollzeit und noch dazu auf der Basis befristeter Arbeitsverträge arbeiten. Das hohe Maß an Teilzeitbeschäftigung und Personalfuktuation hat Auswirkungen auf die Qualität der pädagogischen Arbeit. So können Einrichtungen den Bedürfnissen von Kindern nach personeller und zeitlicher Kontinuität nicht gerecht werden. Zudem erschwert ein so erheblicher Anteil an Teilzeitbeschäftigten auch die Organisation der Arbeitsabläufe. Um die Bildungsqualität in den Einrichtungen zu steigern, müssen auch angemessene Zeitanteile für Vor- und Nachbereitung sowie für die Zusammenarbeit im Team und mit Eltern zur Verfügung stehen.

Die zentrale Schlüsselkompetenz für eine erfolgreiche Entwicklung ist die Sprachkompetenz. Heute haben bundesweit durchschnittlich ein Drittel der Kinder eines Jahrgangs Sprachdefizite, die bei 70 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund kumulieren. Das mangelnde Sprachvermögen hat gravierende Konsequenzen für das spätere Lern- und Bildungsverhalten. So haben 75 Prozent der Kinder mit Sprachentwicklungsstörungen spätere Lese- und Rechtschreibschwächen. Gerade für Kinder mit Migrationshintergrund ist daher der Besuch einer Kindertagesstätte von besonderer Bedeutung, da hier der erste regelmäßige und intensive Kontakt mit der deutschen Kultur und deutschen Kindern erfolgt. Allerdings nehmen Kinder mit Migrationshintergrund wesentlich seltener einen Krippen- oder Kindertagesstättenplatz in Anspruch als deutsche Kinder. Ungefähr jedes zehnte Kind ohne und etwa jedes siebte Kind mit Migrationshintergrund im Alter zwischen vier und

329 sechs Jahren kommt ohne vorherigen Kindergartenbesuch in die Schule. Angesichts des hohen  
330 Stellenwertes, den die frühkindliche Bildung mittlerweile für die schulische Entwicklung der Kinder  
331 hat, ist es insbesondere für Kinder mit Sprachdefiziten problematisch, nicht vor der Grundschule  
332 bereits Bildungs- und Förderangebote wahrgenommen zu haben.  
333

### 334 **3.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der frühkindlichen Bildung**

335  
336 Die intensive Lernzeit vor dem sechsten Lebensjahr muss noch stärker genutzt werden. Denn die  
337 Entscheidung über die Schul- und Bildungskarriere fällt zwischen dem vierten und siebten  
338 Lebensjahr. Die MIT fordert daher eine Stärkung der frühkindlichen Bildung durch nachstehende  
339 Maßnahmen.  
340

- 341 • Die frühkindliche Erziehung muss stärker als bisher der Erkenntnis folgen, dass nicht nur  
342 schlaue Kinder etwas lernen können, sondern dass das Lernen und das „Trainieren“ des  
343 Lernens an sich schlau machen. Dieses „Training“ muss darauf abzielen, dass sich Kinder  
344 vielfältige Kompetenzen aneignen können. Je weiter diese Kompetenzen gefördert  
345 werden, desto mehr Sachwissen lässt sich später mit ihnen erwerben. Kinder sollen  
346 bereits im Rahmen der frühkindlichen Erziehung an vielfältige Bildungsinhalte und Werte  
347 herangeführt werden. Davon ausgehend ist die Vermittlung von Basiskompetenzen die  
348 wichtigste Aufgabe der vorschulischen Bildung. Dazu zählen die Beherrschung der  
349 Sprache, mathematisches und naturwissenschaftliches Grundverständnis, Begegnung mit  
350 Fremdsprachen sowie die musische Förderung und die Sport- und Bewegungserziehung.  
351 Der Bildungs- und Erziehungsauftrag muss die Entwicklung von Sozialkompetenzen und  
352 Sekundärtugenden, wie Pünktlichkeit und Ordnung, stärker berücksichtigen.  
353
- 354 • Frühkindliche Bildung erfolgt primär im Elternhaus und zudem in den  
355 Kindertageseinrichtungen. Das Elternhaus ist die erste, entscheidende  
356 Sozialisationsinstanz, durch die Kinder die Bedeutung und die Wertschätzung von Bildung  
357 erfahren und wo Wissens- und Charakterbildung beginnen. So haben die Eltern eine  
358 bedeutende Vorbildfunktion im Prozess der frühkindlichen Bildung und Erziehung ihrer  
359 Kinder. Diesen gelingt in der Regel ihre Lebensführung und soziale Integration im  
360 Erwachsenenleben besser, wenn sie auf stabilen Bindungs- und Bildungsprozessen in  
361 den Familien aufbauen. Deshalb müssen die Eltern stärker als bisher unterstützt und  
362 gefördert werden.  
363
- 364 • Aufgabe der Politik ist es, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Das  
365 Angebot in den Kindergärten soll die Chancengleichheit von Kindern fördern, die kindliche  
366 Entwicklung stärken und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Eine  
367 engere Verknüpfung zwischen kindlichen Lernprozessen in Familien und in  
368 Tageseinrichtungen und damit zwischen formal organisierten und informellen  
369 Lernprozessen ist dabei erforderlich. Deshalb sollen die Angebote zur Stärkung elterlicher  
370 Kompetenzen über die Einrichtungen an die Eltern, insbesondere an Migrantenfamilien,  
371 gerichtet werden. Besonders empfehlenswert sind früh ansetzende Präventionsangebote,  
372 also auch Programme, die die Eltern bereits im ersten Lebensjahr ihres Kindes erreichen.  
373
- 374 • Die Entwicklung der Beziehung zwischen Familie und Tageseinrichtung sollte deshalb  
375 offen und ohne ideologische Scheuklappen geführt werden. Generell sollte, bei  
376 Beachtung des Kindeswohls, eine stärkere Flexibilisierung der Öffnungszeiten angestrebt  
377 werden und auch private und erwerbswirtschaftlich ausgerichtete Betreuungsangebote  
378 zugelassen und gefördert werden. Eine stärkere Einbettung der Angebote für  
379 Familienbildung in die Tageseinrichtungen sollte herbeigeführt werden. Insbesondere ist  
380 die Idee und Umsetzung der „lokalen Bündnisse für Familien“ zu fördern.  
381
- 382 • Im Bildungswesen generell und in den ersten 10 Jahren der kindlichen Entwicklung  
383 insbesondere, verdienen Übergänge im Bildungsprozess besonderer fachlicher wie  
384 politischer Aufmerksamkeit: der Übergang von der Familie in die Krippe, von der Krippe in  
385 den Kindergarten, vom Kindergarten in die Grundschule und von dort in die  
386 weiterführenden Schulen. Den Eltern als ersten und wichtigsten Ansprechpartnern der

- 387 kindlichen Entwicklung und Bildung sind in den Tageseinrichtungen erweiterte  
388 Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten zu eröffnen.  
389
- 390 • Bildung, Erziehung und Betreuung im Kindergarten leisten im allgemeinen Sinne eine  
391 Schulvorbereitung der Kinder. Seit der Einführung des Rechtsanspruchs 1996 auf einen  
392 Kindergartenplatz ab dem dritten Lebensjahr wurden Kindergärten deutlich ausgebaut.  
393 Hieran muss in Zukunft konsequent und nachhaltig angeknüpft werden.  
394
  - 395 • Stärker als bisher müssen kindliche Kompetenzen mit spezifischen Bildungsangeboten  
396 bereits im Kindergarten gezielt aufgebaut werden. In den letzten Jahren sind deshalb  
397 Bildungs-, Erziehungs- oder Orientierungspläne für die Arbeit in Kindergärten entwickelt  
398 worden. Es fehlt aber noch die Abstimmung im Hinblick auf die Verbindung der beiden  
399 Bildungsstufen Kindergarten und Grundschule. Dafür muss auch ein Bildungs- und  
400 Erziehungskonzept für die außerunterrichtliche Betreuung von Schulkindern entwickelt  
401 werden.  
402
  - 403 • Die Kooperation zwischen Fachkräften beider Bildungsbereiche und den Eltern ist auf  
404 eine neue pädagogische Grundlage zu stellen, die beiden Prinzipien – Kontinuität und  
405 Diskontinuität – Rechnung trägt und zudem ein erweitertes Übergangskonzept, welches  
406 die Eltern mit einschließt, vertritt.  
407
  - 408 • Die kontinuierliche Fortbildung der Erzieher/innen ist eine systematische Maßnahme für  
409 die Qualitätsentwicklung in Kitas. Erzieher/innen müssen neue Aufgaben erfüllen, neue  
410 Methoden und Instrumente anwenden und benötigen dafür eine höherwertige  
411 Grundausbildung und qualifizierte Fortbildungen. Da eine Anhebung des  
412 Ausbildungsniveaus allein keine Garantie für eine höhere Ausbildungsqualität liefert, ist  
413 eine konzeptionelle Reform der Erzieherausbildung erforderlich. Ähnlich wie in anderen  
414 europäischen Ländern ist die Entwicklung eines berufsbegleitenden  
415 Weiterbildungsprogrammes notwendig. In der Übergangsphase müssen deshalb  
416 gemeinsame Ausbildungsabschnitte und/oder Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte  
417 von vorschulischen Bildungseinrichtungen zusammen mit Grundschullehrkräften  
418 angeboten werden.  
419
  - 420 • Erzieher/innen benötigen zusätzliche Zeit. Die Zuweisung der Personalmittel  
421 berücksichtigt keine nicht kindbezogenen Tätigkeiten. Vor- und Nachbereitung,  
422 Beobachtung und Dokumentation, Fortbildung und Elterngespräche fehlen bei der  
423 Berechnung des Personalbedarfs für die Einrichtungen. Außerdem gibt es oft keine  
424 Vertretungsbudgets, um eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten.  
425
  - 426 • Sprachförderung muss im Kindergarten einen besonderen Stellenwert einnehmen. Der  
427 Nutzen einer frühzeitigen Sprachförderung ist wissenschaftlich unbestritten. Denn wenn  
428 vorhandene Sprachdefizite rechtzeitig vor Schuleintritt kompensiert werden können,  
429 reduziert sich das Risiko nachfolgender schulischer Lernprobleme erheblich. Daher muss  
430 in den Bildungsplänen besonderer Wert auf das Erkennen von Sprachdefiziten, die  
431 Sprachförderung und das Erlernen der deutschen Sprache gelegt werden.  
432
  - 433 • Es muss Raum für spezielle Fördermaßnahmen für Kinder mit unzureichender  
434 Entwicklung und unzureichenden Deutschkenntnissen ermöglicht werden. Diese  
435 Fördermaßnahmen müssen verbunden sein mit verpflichtenden Sprachstandserhebungen  
436 2 Jahre vor dem Schuleintritt. Speziell bei Migrantenkindern gilt es, deren Stärken früh zu  
437 identifizieren und zu fördern. Sprachförderung bei Migrantenkindern darf nicht erst kurz  
438 vor der Einschulung beginnen. Vielmehr muss sie die Entwicklung der Kinder, unter  
439 Einbeziehung ihrer Eltern, systematisch und von Anfang an begleiten.  
440
  - 441 • Kommunen, Länder und der Bund sind gefordert, den erhöhten Investitionsbedarf zur  
442 Stärkung der frühkindlichen Erziehung und Primärbildung gemeinsam zu tragen. Diese  
443 Investitionen werden sich volkswirtschaftlich langfristig positiv auswirken. Pädagogisch  
444 hochwertige frühkindliche Erziehung führt insgesamt zu höheren Bildungsstandards,

445 verringert die Kosten für die Nachqualifizierungen und ist die Basis für die Ausbildung  
446 leistungsstarker Fachkräfte, die in Zukunft dringend benötigt werden.  
447  
448

## 4. Grundschule

### 4.1. Herausforderungen und Problemlagen im Grundschulbereich

452 Die Veränderungsnotwendigkeit in Bildungseinrichtungen wie z.B. der Grundschule ergibt sich vor  
453 allem auf Grund der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie aus den  
454 Modernisierungsversäumnissen der zurückliegenden Jahrzehnte. Zu diesen Entwicklungen  
455 gehören rückblickend die zunehmende kulturelle Vielfalt der Gesellschaft, die Internationalisierung,  
456 die Pluralisierung der Lebensformen, die steigende Erwerbstätigkeit von Müttern, der Wandel der  
457 Wertevorstellungen und Orientierungen, die Veränderung der Welt durch neue Technologien und  
458 Medien sowie die demographische Entwicklung. Mit diesen Veränderungen gehen zugleich  
459 spezifische Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für die Grundschule einher. So stellt  
460 sich zunehmend die Frage, in welcher Weise die Grundschule heute dazu beitragen kann, dass  
461 Kinder ein selbstbestimmtes Leben in einer freien und solidarischen Gesellschaft führen und ihre  
462 Lebensperspektiven erweitern sowie einen Beitrag zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit  
463 leisten können.  
464

465  
466 Der Reformbedarf an den deutschen Grundschulen ist in den zurückliegenden Jahren in vielen  
467 Bundesländern erkannt worden. Allerdings stand fälschlicherweise oftmals die Reformdebatte über  
468 Struktur und Organisation des Grundschulablaufes im Vordergrund und nicht die Qualität und das  
469 inhaltliche Profil der Grundschulen.  
470

471 So gab es Debatten über die Verlängerung der Grundschuldauer, die Veränderung des  
472 Einschulungszeitpunktes und des Benotungssystems, die Einführung eines  
473 jahrgangsübergreifenden Unterrichts oder etwa die Einrichtung von Halbtags- oder  
474 Ganztagschulen. Diese Reformdebatten, die in einzelnen Bundesländern in unterschiedlicher  
475 Ausprägung in der Veränderung der Grundschulstruktur mündeten, haben eines weitestgehend  
476 gemeinsam: sie lassen ein ganzheitliches Konzept unter Berücksichtigung der Notwendigkeit neuer  
477 Lehr- und Lernformen, einer Veränderung der Lehreraus- und weiterbildung, einer Umstellung der  
478 Curricula sowie einer neuen Herangehensweise zur individuellen Förderungen eines jeden Kindes  
479 vermissen.  
480

481 Die Ursache hierfür liegt in der unterschiedlichen bildungspolitischen und  
482 bildungsprogrammatischen Akzentsetzung der jeweils regierenden Parteien sowie in der  
483 Komplexität und Vielschichtigkeit, die mit einem ganzheitlichen Konzept verbunden sind. Um die  
484 Grundschulen in Deutschland zukunftsfest zu machen und auf die Herausforderungen von morgen  
485 auszurichten, werden punktuelle Strukturveränderungen nicht ausreichen.  
486

### 4.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Grundschule

487  
488 Die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Grundschule haben in den zurückliegenden  
489 Jahren stark zugenommen. Es sind nicht allein Strukturveränderungen sondern vor allem eine  
490 Neuausrichtung orientiert an Qualität und Schulprofil der Grundschulen erforderlich. Die MIT fordert  
491 daher eine Stärkung der Grundschule durch nachstehende Maßnahmen.  
492

- 493  
494 • Die Grundschule – wie jede andere Schulart auch - darf von keiner politischen Partei als  
495 Experimentierfeld oder zu Wahlkampfzwecken missbraucht werden. Jedes  
496 Reformvorhaben in den einzelnen Bundesländern sollte im Vorfeld von Entscheidung und  
497 Umsetzung von einem unabhängigen Expertengremium in Abstimmung mit der  
498 Kultusministerkonferenz auf seine Machbarkeit, Finanzierung, die ausreichende  
499 Vorbereitung und Weiterbildung der Lehrer sowie seine Sinnhaftigkeit überprüft und  
500 bewertet werden. Die Ergebnisse eines solchen Expertengremiums sollten  
501 parteienübergreifend, ideologiefrei und vor allem öffentlich mit den Bürgern, Lehrern,  
502 Eltern sowie Schülern diskutiert werden. Wie die Erfahrungen aus einzelnen

503 Bundesländern zeigen, sollten Reformvorhaben nicht an den Betroffenen vorbei, sondern  
504 mit ihrer Einbeziehung in einem Abwägungsprozess realisiert werden.

505

506 • Es gibt ebenso viele Vor- wie auch Nachteile, die mit Blick auf die Einführung einer  
507 vierjährigen Grundschule angeführt werden können. Untersuchungen haben gezeigt, dass  
508 Kinder, die vorzeitig nach der vierten Klasse zum Gymnasium wechselten, mehr gelernt  
509 haben als Gleichaltrige, die regulär weitere zwei Jahre die Grundschule besucht haben.  
510 Diese Ergebnisse gelten jedoch nur für wenige schulische Bereiche wie etwa Mathematik.  
511 Zudem ist es falsch anzunehmen, dass diese Schüler nach der sechsten Klasse einen  
512 Bildungsvorsprung von zwei Jahren hätten. Die meisten Schüler, die früher wechselten,  
513 haben sich bereits beim Übergang von ihren Klassenkameraden unterschieden. Diese  
514 Unterschiede haben sich durch den Wechsel nur vergrößert. Es gibt also kein  
515 Patentrezept. Optimal wäre die Einführung einer Wahlfreiheit, wonach die Eltern die  
516 Möglichkeit erhalten, orientiert am Entwicklungsstand und den individuellen Fähigkeiten  
517 ihres Kindes zu entscheiden, ob ihr Kind die sechsjährige Grundschule besucht oder  
518 bereits nach der 4. Klasse zur Sekundarstufe I wechselt.

519

520 • Allein eine Veränderung der Schulstruktur oder die Verkürzung bzw. Verlängerung der  
521 Grundschulzeit wird zu keiner Stärkung der Grundschule führen. Hierzu ist es vielmehr  
522 erforderlich, die Unterrichtsqualität durch höhere fachliche Kompetenz bei den  
523 Lehrkräften, durch Früh- und gesonderte Sprachförderung für bedürftige Kinder sowie  
524 eine individuelle Förderung der Schüler, orientiert an ihren jeweiligen Fähigkeiten und  
525 Entwicklungsständen, zu verstärken. Dabei darf vor allem die individuelle Förderung der  
526 leistungsstarken und hochbegabten Schüler nicht vernachlässigt werden.

527

528 • Kindertagesstätten und Grundschule müssen sich künftig noch stärker durch verbindliche  
529 Formen der Zusammenarbeit füreinander öffnen, um den Übergang zwischen beiden  
530 Einrichtungen für die Kinder zu erleichtern. (s.a.o.) Erziehungs- und Lehrpersonal benötigt  
531 auf allen Ebenen Kenntnisse über die abgebende und aufnehmende Institution, um  
532 vertrauensvoll zusammenarbeiten zu können. Klare Anforderungen an die Leistung und  
533 an die Leistungsbereitschaft der Kinder sind ein unverzichtbares Element, um ihre  
534 Fähigkeiten zu entfalten und nachteilige soziale Ausgangsbedingungen auszugleichen.

535

536 • Bereits im Grundschulbereich muss das Leistungsprinzip wieder stärker in den Fokus  
537 rücken. Hierzu ist es erforderlich, dass die Schüler bereits ab der Grundschule mit Noten  
538 bewertet werden. Für die Grundschule ebenso wie für die weiterführenden Schulen sollten  
539 die unterschiedlichen Bewertungssysteme in den Bundesländern auf ein  
540 Bewertungssystem vereinheitlicht werden. Zudem sollte bereits ab der Grundschule in  
541 allen Bundesländern auf den Zeugnissen und insbesondere auf Zeugnissen in  
542 Abschlussklassen das Arbeits- und Sozialverhalten von Schülerinnen und Schülern durch  
543 die Lehrkräfte bewertet und ehrenamtliches und gesellschaftliches Engagement in den  
544 Zeugnissen aufgeführt werden.

545

546 • Grundsätzlich sollte die Möglichkeit für eine Wahlfreiheit der Eltern bestehen, wonach die  
547 Kinder bereits nach der 4. Klasse aus der Grundschule in die weiterführende Schule  
548 wechseln können. Zusätzlich soll ab der 1. Klasse eine Förderschule für Kinder mit  
549 Sprachdefiziten oder anderen Defiziten, die den Lernfortschritt behindern, eingerichtet  
550 werden.

551

552 • Es sollte ein ausgewogenes Verhältnis von Lehrern und Lehrerinnen geben.

553

554

555

## 556 **5. Weiterführende Schule**

557

### 558 **5.1. Herausforderungen und Problemlagen im Bereich der weiterführenden Schulen**

559

560 Im gleichen Maße, wie die Ausrichtung der Grundschule den gesellschaftlichen Entwicklungen  
561 angepasst werden muss (siehe oben), gilt dies auch für die weiterführenden Schulen. Dabei sind

562 die Problemlagen, die mit einer notwendigen Modernisierung der weiterführenden Schulen in  
563 Deutschland verbunden sind, vielschichtig und komplex.

564  
565 In den zurückliegenden Jahren haben die Schulformen, die in den einzelnen Bundesländern auf die  
566 Grundschule folgen, viele verschiedene Namen erhalten: Mittelschule, Sekundarschule,  
567 Regelschule, Oberschule, Werkrealschule, Realschule, Realschule plus, Stadtteilschule,  
568 Gymnasium, Gesamtschule u.v.m. In keinem anderen Land der Welt findet man ein derart  
569 vielschichtiges und größtenteils inkompatibles Schulsystem.

570  
571 Die Schulstrukturen sind im Wandel. Eine Entwicklung ist dabei sehr auffällig: In den meisten  
572 Bundesländern gibt es heute keine Hauptschulen mehr. Nur fünf Bundesländer halten noch offiziell  
573 an der dreigliedrigen Struktur fest: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und  
574 Nordrhein-Westfalen. Aber auch hier gerät die Hauptschule mehr und mehr ins Wanken. Die  
575 Ursache für diese Entwicklung ist nicht allein in einem bildungspolitischen Umdenken zu suchen.  
576 Sie ist vielmehr eine Reaktion auf die demografische Entwicklung und auf die Tatsache, dass die  
577 Hauptschule von immer mehr Eltern als ‚Restschule‘ abgelehnt wird.

578  
579 Unter dem Druck des demografischen Wandels wird sich das deutsche Schulsystem in den  
580 kommenden 15 Jahren weiterhin verändern. Allein bis zum Jahr 2025 wird die Zahl der Kinder und  
581 Jugendlichen im Alter zwischen 6 und 18 Jahren von knapp 11 Millionen um rund 2 Millionen auf 9  
582 Millionen zurückgehen. Besonders drastisch wird der Schwund mit 27,4 Prozent bei den 16- bis 18-  
583 jährigen Jugendlichen sein. Bei den Schülern zwischen 10 und 15 Jahren, deren Alter in den  
584 meisten Bundesländern der Sekundarstufe I entspricht, werden 15,8 Prozent Kinder fehlen. Auch in  
585 der Primarstufe (6 bis 9 Jahre) werden mit 14,3 Prozent deutlich weniger Kinder als heute die  
586 Schule besuchen. Durch den massiven Rückgang der Schülerzahlen dürfte vor allem das  
587 dreigliedrige Schulsystem weiter unter Druck geraten.

588  
589 Die größte Herausforderung wird in den kommenden Jahren darin bestehen, in einem breiten  
590 gesellschaftlichen Konsens und einem tragfähigen Konzept auf diese Entwicklung zu reagieren.

591

## 592 **5.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der weiterführenden Schulen**

593

594 Ebenso wie beim Grundschulbereich gilt auch für die weiterführenden Schulen, dass allein eine  
595 Debatte und anschließende Reform der Schulstrukturen zu kurz greifen würde. Auch hier bedarf es  
596 einer inhaltlichen Neuausrichtung, orientiert an Qualität und Schulprofil. Die MIT fordert daher eine  
597 Stärkung der weiterführenden Schulen durch nachstehende Maßnahmen.

598

599 • Die MIT plädiert für ein vielfältiges Schulsystem. Es wird erkannt, dass einzelne  
600 Bundesländer allein schon auf Grund des demographischen Wandels vor der  
601 Notwendigkeit stehen, eine Veränderung hin zu einem zweigliedrigen Schulsystem  
602 vorzunehmen. Es muss jedoch weiterhin in der Entscheidungshoheit der Länder liegen,  
603 ob sie bei einer Dreigliedrigkeit des Schulsystems bleiben oder eine strukturelle  
604 Anpassung vornehmen.

605

606 • Die Durchlässigkeit im Schulsystem muss gewährleistet sein. Die Schulen sollen zu  
607 Modellen ermuntert werden, diese Durchlässigkeit im Rahmen der Kooperation mit  
608 anderen Schulformen zu regeln.

609

610 • Es muss grundsätzlich die Möglichkeit bestehen, bei Bedarf eine Ganztagschule in  
611 möglichst allen Schulformen wählen zu können.

612

613 • Das Abitur sollte in allen Bundesländern nach 12 Schuljahren abgeschlossen werden  
614 können.

615

616 • Mit Blick auf den Erhalt des Leistungswettbewerbs soll die Eigenständigkeit der Länder  
617 beibehalten bleiben. Allerdings sollen in allen Bundesländern einheitliche Bildungs- und  
618 Leistungsstandards gelten. Es soll generell eine Pflicht für Aufnahmeprüfungen für die  
619 unterschiedlichen Schultypen eingeführt werden. Die Zuständigkeit für die  
620 entsprechenden Regelungen soll bei der Kultusministerkonferenz liegen. Das

- 621 Kooperationsverbot soll so angepasst werden, dass dem Bund die Möglichkeit eröffnet  
622 wird, bildungspolitisch mit den Ländern zusammenzuarbeiten.  
623
- 624 • Die Lerninhalte gerade in den weiterführenden Schulen müssen so ausgerichtet werden,  
625 dass sie eine vorbereitende Funktion auf das spätere, eigenständige Leben, die  
626 Ausbildung, die Lehre, die Hochschule und den Beruf erfüllen. Priorität muss dabei die  
627 Vermittlung von Kernkompetenzen haben. Stärker noch als bisher müssen wirtschaftliche  
628 Zusammenhänge und das Fundament der Sozialen Marktwirtschaft an weiterführenden  
629 Schulen zum festen Bestandteil des Lehrplanes werden. Im Rahmen einer  
630 Modernisierung der Lehrpläne sollten auch Vertreter der Hochschulen und der Wirtschaft  
631 um Mitwirkung gebeten werden, um die Hochschulanforderungen ebenso wie die  
632 Bedürfnisse der Wirtschaft als zukünftigem Arbeitgeber sowie deren Grundanforderungen  
633 und Kriterien bei Ausbildung, Lehre und Beruf stärker berücksichtigen zu können. Zudem  
634 soll den Lehrern die Möglichkeit eingeräumt werden, auch einen tieferen Einblick in die  
635 Praxis von Unternehmen nehmen zu können.  
636
  - 637 • Im deutschen Schulsystem müssen grundsätzlich die Elitenförderung auf allen Ebenen  
638 der schulischen Ausbildung sowie eine stärkere Hilfestellung zur besseren Erkennung von  
639 hochbegabten Kindern einen breiteren Raum einnehmen.  
640
  - 641 • Die Schulen müssen mehr Autonomie erhalten, um schulinterne Prozesse eigenständig  
642 regeln zu können. Hierzu gehört auch die Entscheidungshoheit über das Lehrpersonal,  
643 die Regelung von Vertretungsfällen, die Ausprägung eines besonderen Schulprofils und  
644 dessen Ausgestaltung sowie die Budgetentscheidung wie etwa den Mitteleinsatz für  
645 Instandsetzungsmaßnahmen, Projektstage oder ähnliches.  
646
  - 647 • Die Förderung schwächerer Schüler ebenso wie die Förderung leistungsstarker Schüler  
648 muss in den Schulablauf durch besondere schulische Angebote implementiert werden.  
649 Hierzu gehört die individuelle Förderung während des schulischen Alltags ebenso wie  
650 spezielle Förderangebote. Es sollte geprüft werden, ob für Schüler, die auf Grund  
651 bestimmter Leistungsschwächen gefährdet sind, die nächste Klassenstufe zu erreichen,  
652 Ferienschulen eingeführt werden können. Während eines Teils der regulären Ferienzeit  
653 könnten diese Schüler individuell durch gezielte schulische Angebote gefördert werden.  
654 Ein ähnlicher Ansatz könnte auch für die Förderung hochbegabter Schüler gewählt  
655 werden.  
656

## 6. Duales System, Lehre und Ausbildung

### 6.1. Herausforderungen und Problemlagen in der Ausbildung

662 Im Jahr 2010 gab es laut Bundesinstitut für Berufsbildung 348 anerkannte Ausbildungsberufe im  
663 dualen System. Außerhalb des dualen Systems gibt es weitere Ausbildungsberufe, wie z. B. in  
664 vollzeitschulischen Ausbildungsgängen an Berufsschulen. Etwa 70 % aller Jugendlichen in  
665 Deutschland beginnen eine Ausbildung im dualen System der Berufsbildung, die mit einer  
666 staatlichen Prüfung abgeschlossen wird. Der Zugang zur dualen Berufsbildung ist formal an  
667 keinen bestimmten Schulabschluss gebunden. Auf Grundlage des Berufsbildungsgesetzes und der  
668 Handwerksordnung werden in bundeseinheitlichen Ausbildungsordnungen die anerkannten  
669 Ausbildungsberufe und Ausbildungsgänge definiert. Im Mittelpunkt stehen dabei Berufe, die in  
670 Gewerbebetrieben, in freien Berufen und Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung ausgeübt  
671 werden. Die Ausbildung zum Facharbeiter oder Fachangestellten erfolgt kombiniert als betriebliche  
672 und schulische Berufsbildung im dualen System. Es werden mehrere Formen der  
673 berufsbildenden Schulen unterschieden: das Berufsvorbereitungsjahr, das Berufsgrundschuljahr,  
674 die Berufsschule, die Berufsfachschule, die Berufsaufbauschule, die Fachoberschule, das  
675 berufliche Gymnasium und die Kollegschulen. Die Vielzahl dieser Schulformen ist bedingt durch die  
676 Tatsache, dass für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr die Teilzeitschulpflicht besteht.  
677 Aufgrund des Bildungsföderalismus werden die Fächerangebote und die Lehrpläne von den  
678 Ländern erlassen. Diese müssen sich an einem Rahmenlehrplan orientieren, der von der  
679 Kultusministerkonferenz verabschiedet wird. Die duale Berufsbildung hat das Ziel, den

680 Jugendlichen dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten und der Gesellschaft langfristig  
681 einsetzbare und hoch qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.

682  
683 Die Ausbildung von Jugendlichen in der dualen Berufsausbildung übernehmen Ausbilder, die nach  
684 dem Berufsbildungsgesetz geeignet sind und ihre Eignung durch eine Prüfung entsprechend der  
685 Ausbildereignungsverordnung nachgewiesen haben. Im Handwerk ist die Ausbildereignung durch  
686 eine abgelegte Meisterprüfung nachgewiesen.

687  
688 Nach dem Berufsbildungsbericht der Bundesregierung 2010 gilt fast jeder zweite Schulabgänger als  
689 nicht ausbildungsreif und muss vor der Vermittlung in eine Berufsausbildung zusätzliche  
690 Fördermaßnahmen in Anspruch nehmen. Beklagt werden vor allem Mängel in Mathematik und  
691 Deutsch, zu wenig Disziplin und geringe Leistungsbereitschaft. Verursacht durch die demografische  
692 Entwicklung, werden der Wirtschaft in Zukunft weniger Auszubildende zur Verfügung stehen. Die  
693 Zahl der Schüler an den allgemeinbildenden Schulen wird bis 2025 um etwa 19 % sinken. Es  
694 kommt also noch mehr als in den vergangenen Jahren darauf an, die berufliche Ausbildung mit  
695 zusätzlichen Bildungsangeboten zu paaren, um die Defizite der schulischen Ausbildung  
696 auszugleichen.

697  
698 Auch für die Nachqualifizierung von Berufstätigen, die bisher keinen Beruf erlernt haben, wächst die  
699 Bedeutung der Berufsausbildung ständig. Von den 25- bis 34-jährigen haben fast 20 % keinen  
700 Berufsabschluss. Bei der Gruppe der Migranten ist die Situation noch dramatischer. Hier sind 30 %  
701 der 20- bis 30-jährigen ohne Berufsabschluss.

702

703

## 6.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Ausbildung

704

705 Das Prinzip der dualen Berufsausbildung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt. Die  
706 einheitliche Vorgabe von Leistungsstandards durch die Kultusministerkonferenz und die individuelle  
707 Umsetzung durch die Länder sind dabei das Fundament des Erfolges. Dennoch ist es notwendig,  
708 die duale Berufsausbildung auf die demografische Entwicklung in Deutschland, auf den  
709 wissenschaftlichen und technischen Fortschritt und auf die Herausforderungen bei der Erhöhung  
710 des Leistungsstandes und der sozialen Kompetenz der Jugendlichen einzustellen. Wie in allen  
711 Bereichen unserer Gesellschaft, darf es auch in der Berufsausbildung keinen Stillstand geben.  
712 Folgende Forderungen sind deshalb zeitnah umzusetzen:

713

714 • Eine qualitativ hochwertige Ausbildung in einer so großen Vielfalt von Berufen ist mit  
715 hohen Kosten, vielen Standorten und einer personalintensiven Vorhaltung von Lehren und  
716 Ausbildern verbunden. Splitterberufe sind zu Hauptberufen zu vereinigen.  
717 Kostenoptimierend und die demografische Entwicklung berücksichtigend, sind Standorte  
718 der Berufsausbildung zu „Zentren der Berufsausbildung“ zusammenzufassen. Um allen  
719 Jugendlichen den Zugang zur Berufsausbildung zu ermöglichen, sind die Kosten für  
720 Internat und Beförderung sozialabhängig zu fördern. Hierfür zusätzlicher Finanzbedarf ist  
721 im System einzusparen.

722 • Lehrer und Ausbilder sind auf den derzeitigen Leistungsstand der Schulabgänger durch  
723 Weiterbildungsmaßnahmen einzustellen. Ein Schwerpunkt muss bei der pädagogischen  
724 und psychologischen Ausbildung in Hinsicht auf die Erhöhung der Sozialkompetenz der  
725 Jugendlichen liegen.

726 • Durch eine verbesserte Kooperation zwischen Eltern, Schule, Berufsschule und Wirtschaft  
727 sind die Schulabgänger frühzeitig ab der 8. Klasse auf die Berufswahl und die  
728 Anforderungen der Berufsausbildung einzustellen. Auf einen speziellen Förderungsbedarf  
729 ist umgehend einzugehen. Eine individuelle Begleitung von Schülern und Eltern im  
730 Rahmen der Berufsorientierung und –beratung muss möglich sein. In Zusammenarbeit  
731 aller Beteiligten, ist die Vorbereitung auf die Berufsausbildung mit der Erweiterung des  
732 Angebotes von Praktikumsplätzen und dem verstärkten Einsatz schulexterner Berater  
733 weiter auszubauen.

734 • Über die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern sowie in  
735 Kooperation mit Firmen mit Ausbildungserfahrung, ist es kleinen Unternehmen zu  
736 ermöglichen, eigene Lehrlinge auszubilden.

- 737
- 738
- 739
- Zur Berufsausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist die begleitende Sprachförderung von elementarer Bedeutung. Da Sprache die Voraussetzung für Bildung ist, sind hier spezielle Fördermaßnahmen mit personeller Unterstützung notwendig.

740

741

742

743

## 7. Hochschule

744

745

### 7.1. Herausforderungen und Problemlagen an den Hochschulen

746

747

Die inhaltliche Freiheit von Forschung und Wissenschaft gehört zu unserem Grundverständnis und ist wichtige Voraussetzung auch für den Wettbewerb zwischen den Hochschulen. In einer mobilen und global agierenden Welt wächst die Bedeutung der Vergleichbarkeit und des Wertes von Studienabschlüssen. An die Stelle weniger klassischer Titel ist nun mit „Bachelor“ und „Master“ eine Vielzahl von Titeln getreten, deren Anerkennung und Wertschätzung in der Praxis noch aussteht.

752

Diverse Initiativen der letzten Jahre zur Exzellenz, zur Clusterbildung, für Innovation und Technologietransfer haben zahlreiche Hochschulen in Deutschland zur Qualitätssteigerung und zum Ausbau von Spitzenpositionen genutzt.

755

Die Kooperation zwischen Hochschulen und Wirtschaft wurde intensiviert, wie die Steigerung der Aufwendungen der Unternehmen für Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Kooperation auf inzwischen 15 Prozent der Forschungsaufwendungen der Hochschulen zeigt. Mehr und mehr Unternehmen, auch mittelständische Betriebe, finanzieren oder sponsern Professorenplätze. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass die staatliche Grundfinanzierung aus den Länderhaushalten vernachlässigt oder in Erwartung des Demographischen Wandels zurückgefahren wird.

761

Hochschulen in Ländern mit Studiengebühren konnten diese Gelder zum Ausbau ihrer Forschungs- und Lehrmöglichkeiten spürbar nutzen. Dort, wo diese Studiengebühren durch politisch begründete Landesregelungen entfallen, sind die Länder gefordert, aus dem Landeshaushalt heraus den Hochschulen angemessene Haushaltsmittel zur Kompensation zur Verfügung zu stellen.

765

Vor dem Hintergrund des anstehenden doppelten Abiturjahrgangs kommen auf viele Hochschulen zusätzliche Belastungen und Anforderungen zu, denen antizipativ finanziell und organisatorisch Rechnung getragen werden muss. Eine zeitgemäße Hochschulpolitik darf sich nicht mit Bafög und Begabtenförderung zufrieden geben. Zu den üblichen Serviceeinrichtungen wie Mensa, Sportanlagen und Bibliotheken sind heutzutage auch Kindergärten auf dem Campusgelände geboten. Damit kann ein Beitrag geleistet werden zur besseren Ausschöpfung des wissenschaftlichen Potentials Studierwilliger. Auch firmenfinanzierte Stipendien bleiben ein probates Mittel insbesondere bei den MINT-Fächern, dass stärker einzusetzen wäre, um dem heute schon bestehenden wachstumshemmenden Fachkräftemangel zu begegnen.

774

Eine weitere Herausforderung stellt der wachsende Anteil Studierender mit Migrationshintergrund dar, wie auch steigende Zahlen ausländischer Studenten, ohne dass sie heute zufriedenstellende Perspektiven auf Arbeitserlaubnis und Verbleib in Deutschland nach erfolgreich absolviertem Studium haben.

778

Das Wissen voneinander, die Kommunikation zwischen Hochschulen und Schulen, wie zwischen Hochschulen und Wirtschaft, ist stark defizitär und bedarf intensiver Anstrengungen von Politik, Medien, Bildungseinrichtungen und Wirtschaft.

781

782

### 7.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Hochschulen

783

784

Da Bildung unsere wichtigste Ressource ist, können wir uns auf diesem Gebiet keine Nachlässigkeit, keine Reibungsverluste und keine Verschwendung von Potentialen im globalen Wettbewerb leisten. Alle Möglichkeiten in Qualität und Quantität gerade im Bereich der Hochschule müssen genutzt werden. Nachstehende Forderungen müssen deshalb Berücksichtigung finden:

788

789

- Es ist eine größere Transparenz der Bildungs- und Forschungsmöglichkeiten und eine bestmögliche Durchlässigkeit der Bildungssysteme erforderlich.

790

791

- Es muss eine Kultur der Zusammenarbeit gefördert und gefordert werden zwischen Schulen und Fachhochschulen/Universitäten, zwischen Fachhochschulen und Universitäten, zwischen Wirtschaft und allen Bildungseinrichtungen bis hin zu forschungsintensiven Universitäten. Diese Zusammenarbeit ist vom einfachen

792

793

794

- 795 Informationsaustausch bis hin zu konkreten Kooperationen und zu strategischen  
796 Partnerschaften mit Wissens- und Technologietransfer systematisch zu fördern und zu  
797 organisieren.
- 798 • Die Wirtschaft, eigentlich die gesamte Volkswirtschaft, ist an einer Verkürzung des Weges  
799 von der wissenschaftlichen Erkenntnis zu marktfähigen Produkten und Verfahren  
800 besonders interessiert. Deshalb sollte die Zusammenarbeit bei Forschungs- und  
801 Entwicklungsthemen Wirtschaft, Fachhochschulen, Hochschulen und Institute wie die  
802 Fraunhofer-Gesellschaft umfassen.
  - 803 • Das System der dualen Studiengänge mit berufsnahen und praktischen  
804 Ausbildungsanteilen hat sich bewährt. Es wirkt sich positiv aus auf das Fachkräfteangebot  
805 in der Fläche wie auf die Durchlässigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten für Studierwillige.  
806 Diese Hochschulausbildung verbindet den wissenschaftlichen Anspruch mit Realitätsnähe  
807 zur Berufswelt. Gemeinsam mit der Wirtschaft sollte eine bundesweite Ausdehnung des  
808 Angebotes dualer Studiengänge geprüft und gefördert werden. Die Wirtschaft leistet mit  
809 den dualen Studiengängen einen nennenswerten Beitrag zur Hochschulfinanzierung, der  
810 in der politischen Öffentlichkeit wie in den Medien besser gewürdigt werden sollte.
  - 811 • Die MIT begrüßt innovationsfördernde Initiativen zur Cluster- und Netzwerkbildung, die  
812 mittelständischen Unternehmen die Mitwirkung mit möglichst wenig bürokratischen  
813 Hürden erlauben.
  - 814 • Die MIT regt an, mit stärkeren steuerlichen Anreizen zusätzliche Impulse zu setzen für  
815 nicht-staatliche Aufwendungen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an den  
816 Fachhochschulen und Hochschulen, zum beschleunigten Technologietransfer und zu  
817 Kooperationsprojekten.
  - 818 • Die MIT begrüßt die Einrichtung des Deutschlandsstipendiums, bei dem Studierende mit  
819 300 Euro monatlich gefördert werden, wobei die eine Hälfte vom Bund und die andere Hälfte  
820 von privaten Stiftern getragen werden. Dieses neue Bündnis aus zivilgesellschaftlichem  
821 Engagement und staatlicher Förderung durch den Bund ist ausdrücklich zu unterstützen.

## 8. Lehrerausbildung

### 8.1. Herausforderungen und Problemlagen bei der Lehrerausbildung

828 Seit den 1990iger Jahren hat die Globalisierung auch die Schulen erreicht und damit tradierte  
829 Sozialisationsstrukturen verändert und letztlich in Frage gestellt. Nimmt Schule noch den Raum  
830 öffentlicher Wertschätzung ein, der ihr zukommt? Insgesamt werden Schulen einerseits überfordert  
831 und andererseits vernachlässigt.

832 Bei allen Fragen rund um die Lehrerausbildung handelt es sich, wie generell bei Schulthemen, um  
833 eine hochemotionalisierte Debatte. Die Verhältnisse in den Schulen werden unweigerlich als  
834 Spiegelbild der gesamtgesellschaftlichen Situation interpretiert, für die im Kritikfall niemand  
835 verantwortlich sein will, über die jedoch jeder meint mitreden zu können.

836 Wie das gesamte Schulwesen leidet auch die Lehrerausbildung an föderaler Zersplitterung und  
837 Unübersichtlichkeit, die komplikationsfreie Übergänge in andere Bundesländer kaum zulässt.

838 Vielfach beklagt und noch immer nicht bewältigt ist die Differenz zwischen Theorie und Praxis in der  
839 Lehrerausbildung. Hinzu kommt, dass die Lehrerausbildung an den Universitäten oft die ihr  
840 ausstehende Wertschätzung nicht erfährt und vernachlässigt wird.

841 Seit PISA ist die Schullandschaft ein Dauerlabor, das mit Überregulierung zu mehr  
842 Eigenverantwortung motivieren will, jedoch in der vermeintlichen Entbürokratisierung die paradoxe  
843 Situation einer immer stärkeren Reglementierung des Schulalltags bewirkt. Permanente Qualitäts-  
844 und Professionalisierungsdebatten, Evaluationen und Tests begleiten den Schulalltag und  
845 behindern ihn vielfach – in dieser komplexen Situation bleibt die gegenwärtige Lehrerausbildung  
846 trotz aller Reformbewegungen bemerkenswert anachronistisch.

847 Fast jedes fünfte Schulkind leidet an einer psychischen Störung, damit überlagert der erzieherisch-  
848 therapeutische Auftrag den Bildungsauftrag des Lehrerhandelns im Alltag, was wiederum eine hohe  
849 psychische Belastung nach sich zieht, die in der gegenwärtigen Lehrerausbildung keine  
850 Berücksichtigung findet.

851 Obwohl die Notwendigkeit struktureller Veränderungen in der Lehrerausbildung offen zutage liegt,  
852 ist milieuintern nach wie vor eine ausgeprägte institutionelle Reformresistenz zu verzeichnen, die zu

853 einem Modernitätsdefizit in der Lehrerausbildung führt, das sich wiederum belastend auf den  
854 Schulalltag auswirkt.

855 Viele angehende Lehrer haben nach wie vor die Vorstellung vom Halbtagsjob, obwohl in  
856 absehbarer Zeit fast jeder zweite Schüler im Ganztagsbetrieb unterrichtet wird. Es besteht somit  
857 eine Realitätsverleugnung, die sich massiv auf den Arbeitsalltag auswirkt, weil gesellschaftliche  
858 Veränderungen nicht rechtzeitig erkannt werden.

859 Zu viele Studenten bemerken erst im Referendariat, dass sie für den Lehrerberuf nicht geeignet  
860 sind und „können dann nicht mehr zurück“ bzw. erhalten Gefälligkeitszeugnisse, die ihnen jedoch in  
861 einem jahrzehntelangen, fordernden Berufsalltag nicht weiterhelfen. Studienbegleitende Prüfungen  
862 können hier rechtzeitige Weichenstellungen ermöglichen.

863 Die unübersehbaren Herausforderungen, denen insbesondere junge Lehrer in ihrer künftigen  
864 Berufslaufbahn ausgesetzt sein werden, tragen die meisten Bundesländer mit Reformen in  
865 Richtung einer „phasenübergreifenden Lehrerausbildung“ Rechnung. Diese werden jedoch gerade  
866 erst aufgenommen und benötigen noch jahrelanger Feinjustierung und erfolgreicher Adaption.

867  
868

## 8.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Lehrerausbildung

870

871 Nur gut ausgebildete und motivierte Lehrer können Kinder und Jugendliche zu Persönlichkeiten  
872 ausbilden, die hohe Sachkompetenz mit Teamfähigkeit und Problemlösungskompetenz verbinden.  
873 Daher müssen nachstehende Maßnahmen umgesetzt werden:

874 • Eine wichtige Herausforderung besteht darin, die Besten eines Jahrgangs für den  
875 Lehrerberuf zu gewinnen! Dies wird unweigerlich positive Impulse auf die Qualität der  
876 Lehrerausbildung insgesamt setzen.

877 • Es ist unumgänglich, und von allen Beteiligten unbestritten, die erste Phase der  
878 Lehrerausbildung (Studium) und die zweite Phase der Lehrerausbildung (Referendariat)  
879 besser miteinander zu verzahnen. Hierzu gehört, dass die fragmentierte Struktur der  
880 Lehrerausbildung besser aufeinander abgestimmt und die Zusammenarbeit der  
881 Ausbildungsorte gestärkt wird.

882 • Zur Professionalisierung des Lehrerberufes und damit der Lehrerausbildung gehört bereits  
883 in der Ausbildung die Entwicklung eines ganzheitlichen Berufsverständnisses als  
884 Entwickler von „Schulkultur“.

885 • Bildungs-/Erziehungswissenschaftliche, fachdidaktische und schulpraktisch bezogene  
886 Ausbildungsanteile müssen in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander gebracht werden  
887 – wobei dem Praxisanteil deutlich mehr Gewicht zugemessen werden muss als bisher.  
888 Auch die Berufseingangsphase muss intensiver begleitet und die diagnostischen  
889 (Inklusion) und methodischen Fähigkeiten der Anwärter besser entwickelt werden. Ein  
890 Instrument, um dies zu erreichen, ist eine mindestens sechsmonatige Praxisphase, die in  
891 das Studium integriert werden kann.

892 • Darüber hinaus sollten im Lehrerberuf dauerhaft Leistungs- und Anreizsysteme installiert  
893 werden, die dazu herausfordern, sich ein Berufsleben lang inhaltlich und methodisch  
894 weiterzubilden – Schwerpunkte der Lehrerausbildung sollten daher künftig Praxisbezug  
895 und Leistungsorientierung sein. Eine Weiterentwicklung dieses Gedankens könnte darin  
896 bestehen, Vergütungsanteile leistungs- und fortbildungsbezogen zu gewähren.

897 • Die Verbeamtung von Lehrern sollte abgeschafft werden, um damit für die Lehrer und die  
898 Schulen bzw. Institutionen, in denen sie beschäftigt sind, Entwicklungsmöglichkeiten zu  
899 schaffen, die ihnen derzeit der Beamtenstatus verwehrt.

900

901

## 9. Lebenslanges Lernen

902

903

### 9.1. Herausforderungen und Problemlagen beim Lebenslangen Lernen

904

905

906 „Lebenslanges Lernen“ ist ein eher diffuser, wenig festgelegter bildungspolitischer Begriff und greift  
907 weiter als die Tatsache, dass wir ein Leben lang lernen, vom Baby bis zum hohen Alter. Es ist  
908 mehr als das Erwerben neuer Erfahrungen, neuen Wissens und neuer Fähigkeiten in Schulen,  
909 Ausbildungsbetrieben, Unternehmen, Hochschulen und anderen Einrichtungen der Weiterbildung.

910

911 Häufiger als in der Vergangenheit wird heute von der Gesellschaft und an die Gesellschaft die  
912 Forderung nach lebenslangem Lernen gestellt. Der permanente Wandel in allen Lebensbereichen  
913 unserer Gesellschaft, der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt bedingt die Bereitschaft und das  
914 Engagement jedes Einzelnen mit Kontinuität und mit Motivation das Wissen zumindest auf aktuell  
915 anerkanntem Stand zu halten, weit besser es fortlaufend weiter auszubauen. Es erfordert zudem  
916 die Bereitstellung von qualifizierten Weiterbildungsmöglichkeiten in bezahlbaren Angeboten.  
917

918 Die Forderung nach der kontinuierlichen Verbesserung von Kenntnissen, Fähigkeiten und  
919 Kompetenzen besonders im Bereich des Arbeitsmarktes wird zum Einen bedingt durch den  
920 demografischen Wandel und damit rückläufigen Zahlen von jungen Fachkräften. Insbesondere  
921 mittelständische Unternehmen haben längst erkannt, dass in älteren und stets fortgebildeten  
922 Mitarbeitern großes Potenzial liegt. Gepaartes Wissen neuer und neuester Erkenntnisse,  
923 Technologien oder Verfahren mit jahrelanger Erfahrung, firmeninterner Erkenntnisse und  
924 Spezialisierungen sind im heutigen Unternehmen nicht mehr wegzudenken. Diese Unternehmen  
925 haben den Jugendwahn der jüngeren Vergangenheit erkannt und setzen an, die Entwicklung, ältere  
926 Mitarbeiter auszugrenzen oder Bewerber jenseits einer fiktiven Altersgrenze nicht mehr  
927 einzustellen, zu stoppen.  
928

929 Zum Anderen unterliegen ein Betrieb, ein Unternehmen oder jeder Selbstständige heute einem  
930 schnellen Wandel und Wechsel, der sich in rasanten Änderungen von Vorgaben, Vorschriften,  
931 Gesetzen, Forschungen und Technologien begründet. Schon längst ist es nicht mehr ausreichend,  
932 in seinem Beruf eine fundierte Ausbildung, ein qualifiziertes, abgeschlossenes Studium absolviert  
933 zu haben – es gilt vielmehr auf dem neuesten Stand zu sein.

934 Kein Berufsfeld bietet in der Zeit vom Berufsein- zum Berufsausstieg gleiche Bedingungen. Es wird  
935 von daher von jedem erwartet, sich diesen Bedingungen im Know-how anzupassen. Mit der  
936 Schnellebigkeit und dem im Zusammenhang stehenden Informationswandel wird auch in Zukunft  
937 verstärkt zu rechnen sein.  
938

939 Arbeitsmarkt und demographischer Wandel fordern von der Gesellschaft die Bereitschaft, sich  
940 umzuorientieren bei Engpässen von Arbeitsplätzen, bei persönlicher Veränderung und im Laufe der  
941 Lebensarbeitszeit. Nicht mehr wie früher, als der erlernte Beruf bis zum Rentenalter die Basis  
942 darstellte, sind heute nicht selten mehrere Ausbildungen und Fortbildungen notwendig, um die  
943 eigentliche und persönliche Kompetenzen darzustellen.  
944

945 Nicht unbeachtet bleiben sollte auch der immer stärker werdende Wunsch und der Wille der  
946 Gesellschaft und des Einzelnen sich weiterzuentwickeln und weiterzubilden. Neben den  
947 geschilderten Auslösern, die ein lebenslanges Lernen erzwingen, steht das persönliche Bedürfnis,  
948 in der Freizeit zu lernen und neue Wissensfelder für sich zu erschließen. Das ermöglicht, dass die  
949 Freizeit mehr und mehr zur Lernzeit wird.  
950

951 In dieser Erkenntnis legte im Jahr 2000 die Kommission der Europäischen Gemeinschaften das  
952 Memorandum über lebenslanges Lernen auf, welches seine Umsetzung im europäischen  
953 Bildungsprogramm für lebenslanges Lernen in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für  
954 Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz findet.  
955

956 Hier definieren sich die Lernprozesse in drei Gruppen:

- 957 • auf *formale* Lernprozesse, die in den klassischen Bildungsinstitutionen stattfinden und  
958 zumeist mit Abschlüssen und anerkannten Zertifikaten enden
- 959 • auf *nicht-formale* Lernprozesse, die nicht in den klassischen Bildungseinrichtungen  
960 ablaufen, sondern am Arbeitsplatz, in Vereinen und Verbänden, bei sportlichen, kreativen  
961 oder musischen Beschäftigungen
- 962 • auf *informelle* Lernprozesse, die nicht zwingend notwendig sind und sich meist im Alltag  
963 automatisiert ergeben  
964

965 und findet sich hauptsächlich in vier geförderten Einzelprogrammen wieder:

- 966 • Comenius für Schulen
- 967 • Erasmus für Hochschulbildung
- 968 • Leonardo da Vinci für Berufsbildung
- 969 • Grundtvig für Erwachsenenbildung

970  
971  
972  
973  
974  
975  
976  
977  
978  
979  
980  
981  
982  
983  
984  
985  
986  
987  
988  
989  
990  
991  
992  
993  
994  
995  
996  
997  
998  
999  
1000  
1001  
1002  
1003  
1004  
1005  
1006  
1007  
1008

## 9.2. Forderungen der MIT zur Stärkung des Lebenslangen Lernens

Die MIT erachtet es als notwendig und wichtig, dem Thema Lebenslanges Lernen in der Politik einen wesentlich höheren Stellenwert einzuräumen, als das bislang der Fall gewesen ist.

- Der Begriff und die Vorgehensweisen für Konzepte zum Lebenslangen Lernen müssen klar strukturiert, definiert und nachvollziehbar dargestellt werden. Es muss die Unterscheidung deutlich gemacht werden, wo förderungswürdige Fortbildungen liegen und wo das Lernen lediglich die Freizeitgestaltung und das persönliche Befinden verbessert. Es müssen Anreize geschaffen werden, um Weiterbildungsmöglichkeiten zu nutzen.
- Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen jedem Einzelnen und betroffenen Betrieben bekannt gemacht und vorgestellt werden. Dazu bedarf es gerafften Informationen und ausführliche Übersichten, die in kurzen Wegen vor Ort beworben werden müssen und ohne Hemmschwelle an den Konsumenten gelangen.
- Lebenslanges Lernen in allen Altersbereichen muss für den Interessierten finanzierbar, leistbar und umsetzbar sein. Bildungsschecks als Unterstützungsprojekte sind wichtige und gut funktionierende Maßnahmen.
- Mittelständische Unternehmen haben die Verantwortung für ihre Mitarbeiter erkannt, diese konsequent und stetig fortzubilden. Politik muss ergänzend, ausreichend und helfend zur Seite stehen, im Sinne der Unternehmen und der Mitarbeiter.
- Für die Integration und Inklusion stellt Lebenslanges Lernen eine unschätzbare Chance dar. Wer durch soziale oder intellektuelle Defizite nicht komplett in der Gesellschaft angekommen ist, dem eröffnen sich dadurch neue Möglichkeiten.
- Lebenslanges Lernen muss als wirksames Mittel gegen Arbeitslosigkeit, Facharbeitermangel und Unterqualifikation anerkannt, genutzt werden und im Höchstmaß prophylaktisch eingesetzt werden.
- In Eigenverantwortung wird aber auch an den Einzelnen, unabhängig seiner beruflichen Vorbildung, seiner beruflichen und sozialen Stellung und seinen Kompetenzen die Erwartung gestellt, sich selbst engagiert um eine Fortsetzung des Lernens in allen Lebensphasen zu bemühen.